

Der Gegensatz zwischen
Ökologie und Ökonomie
wird überwunden

Die Energiewende als nationales Gemeinschaftsprojekt

Norbert Röttgen

Vor fast vierzig Jahren erschien die erste große Studie des Club of Rome mit dem legendär gewordenen Titel *Die Grenzen des Wachstums*. Die Botschaft des auf umfangreiche Computersimulationen gestützten Befundes war so einfach wie aufregend: Wenn das exponentielle Wachstum der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen ohne Änderungen anhalte, würden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde unweigerlich im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht sein – mit dann irreparablen Folgen für die Umwelt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Nur ein grundlegendes Umsteuern durch das Prinzip der „Nachhaltigkeit“ schien in der Lage, den Kollaps aufzuhalten. Bis heute sind von diesem Buch rund dreißig Millionen Exemplare in dreißig Sprachen verkauft worden – ungewöhnlich für ein wissenschaftliches, keineswegs leicht zu lesendes Buch, dessen Methodik überdies sehr kontrovers diskutiert wurde.

Von der Wohlstandszur „Risikogesellschaft“

Der Erfolg der *Grenzen des Wachstums* lässt sich nur erklären, weil die Studie damals einen Nerv der Zeit traf. Sie war mehr als eine Analyse, sie drückte ein neues Lebensgefühl aus – das Lebensgefühl, dass ein rein quantitativer Fortschrittsbegriff an ein Ende gekommen war, dass seine Kosten und Risiken

immer sichtbarer wurden: verpestete Luft, verseuchte Gewässer, chemisch belastete Nahrungsmittel, immer hektischere und lautere Städte, zerstörte Wälder und dramatische Umweltkatastrophen, für die die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 zum Symbol geworden ist. Aus der Wohlstandsgesellschaft war die „Risikogesellschaft“ geworden, aus dem Versprechen von Sicherheit das Gefühl, die Zukunft des Planeten zu verspielen.

Spaltende Fortschrittskritik

Es entwickelte sich eine Sehnsucht nach neuen Lebensweisen im Einklang mit der Natur, nach „post-materialistischen“ Lebensformen, nach „Nachhaltigkeit“ statt Verschwendung, nach dem Ende einer Wachstumslogik, die Lebensqualität nicht mehr steigerte, sondern eher infrage stellte. Diese Fortschrittskritik spaltete zunehmend die Gesellschaft, gerade in Deutschland. Ökonomie und Ökologie schienen jahrzehntelang unversöhnliche Gegensätze zu sein. Für die einen konnte nur die Abkehr von Wachstum, Industrie und Fortschritt die Chance bieten, den Planeten Erde als Lebensgut und Lebensgrundlage des Menschen zu erhalten. Für die anderen erschien dagegen jegliche Infragestellung des industriellen Wachstumspfadens als eine fundamentale Gefährdung von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Der Riss ging tief. Die Kontroverse um die Nutzung der Atomenergie wurde in ihrer Heftigkeit zum Symbol für diese Spaltung, die die

deutsche Gesellschaft über Jahrzehnte geprägt, ja bisweilen sogar paralyisiert hat.

Man muss sich diese Entwicklung kurz in Erinnerung rufen, wenn man erlauben will, welche historische Chance darin liegt, jetzt gemeinsam die Weichen für den Weg in ein neues Energiezeitalter zu stellen. Denn die Energiefrage ist die Kernfrage einer führenden Industriegesellschaft.

Gesellschaftspolitischer Meilenstein

Die Frage, wie wir Energie konzipieren, ist immer ganz wesentlich damit verbunden, wie wir Industrie, Wirtschaft und Wachstum verstehen. Mit ihr entscheiden wir darüber, ob und welchen Wohlstand wir in den nächsten Jahrzehnten haben werden.

Deshalb hat das jüngst mit breiter, parteiübergreifender Mehrheit im Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetzespaket zur Energieversorgung der Zukunft historischen Charakter. Es verbindet den erstmals zeitlich klar festgelegten Ausstieg aus der wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie mit einem strategisch umfassenden Konzept für den Einstieg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Diese Verbindung hat es so in Deutschland noch nicht gegeben. Sie schafft zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in dieser politischen und wirtschaftlichen Kernfrage einen politischen Konsens – einen Konsens, der tragfähig und dauerhaft ist und die Gesellschaft nicht länger spaltet. Deshalb ist die Energiewende ein gesellschaftspolitischer Meilenstein in der Entwicklung unseres Landes.

Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln

Dieser Konsens beendet ein politisches Kampfthema der Vergangenheit. Er ermöglicht, dass wir zukunftsfähig bleiben. Wir bleiben nur dann zukunftsfähig,

wenn wir uns von den alten Gegensätzen zwischen Ökonomie und Ökologie verabschieden. Das bedeutet: Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass wir auf dem alten Pfad weitermachen könnten wie bisher, nur mit etwas weniger Verbrauch natürlicher Ressourcen und mit etwas mehr Effizienz. Das wird nicht funktionieren, weil die Dynamik des Bevölkerungswachstums weiter anhält und Milliarden von Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern so leben wollen wie wir. Wenn das Klima auf unserem Planeten nicht kollabieren soll, müssen wir eine industrielle Moderne hinter uns lassen, für die Wachstum gleichbedeutend war mit ungehemmtem Ressourcenverbrauch, mit Wachstum auf Kosten von Natur und Umwelt, mit Wachstum auf Kosten der Spielräume kommender Generationen, weil wir mehr verbrauchen, als der Planet regenerieren kann. Wenn wir Politik aus der Perspektive unserer Kinder und Enkel machen wollen, dann müssen wir eine neue Form des Wachstums entwickeln, ein Wachstum, das vom Ressourcenverbrauch entkoppelt ist. Wir müssen uns auf den Weg in eine nachhaltige Moderne machen.

Die Moderne nicht negieren

Eine nachhaltige Moderne bedeutet aber eben auch nicht Verzicht auf Wachstum! Vierzig Jahre nach dem ersten Bericht für den Club of Rome müssen wir von der Vorstellung Abschied nehmen, dass Verzicht auf Wachstum die Lösung der Probleme des industriellen Zeitalters sei. Das Grundprinzip der Moderne ist und bleibt Wachstum – im Sinne von stetiger Veränderung, Vermehrung, Steigerung, Beschleunigung. Wer Wachstum negiert, negiert die Moderne. Mit der Logik des Verzichts wird man nicht nur keine politischen Mehrheiten finden, sondern auch keinen Weg, wie der solidarische Ausgleich zwischen Reich und Arm politisch

gestaltet werden kann, gerade bei steigender Inanspruchnahme der Solidarsysteme. Solidarität braucht Wachstum! Die Wohlstandsfrage des einundzwanzigsten Jahrhunderts wird also darin liegen, wer es am intelligentesten schafft, mit immer weniger Einsatz von knappen, teuren Ressourcen, von knapper, teurer Energie zu produzieren. Das ist die Wettbewerbsfrage, die Gerechtigkeitsfrage und auch die Machtfrage unserer Zeit. Darauf eine Antwort zu finden zählt zu der Verantwortung, die wir Europäer haben und für die wir als Deutsche auch einen Beitrag leisten wollen.

Neues Energiezeitalter durch innovativere Technologien

Die Energiewende ist der Schlüssel für diese neue Wachstumsstrategie, die nicht mehr Industrie gegen Ökologie ausspielt, sondern beides verbindet. Nur wenn es uns gelingt, unsere Energieversorgung Schritt für Schritt auf die erneuerbaren Energien umzustellen, werden wir unseren Wohlstand auch für unsere Kinder und Enkel bewahren und gleichzeitig das Klima schützen und unsere Ressourcen schonen können. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, gerade in der Wirtschaft. Aber auch die Kritiker des industriellen Wachstumspfads erkennen mehr und mehr an, dass der Umstieg in ein neues Energiezeitalter nicht mit Technikfeindschaft geht, sondern nur mit besseren, mit innovativeren Technologien, dass er nicht gegen die Industrie vollzogen werden kann, sondern nur mit ihr. Gerade deshalb stehen die Chancen so gut, dass die Energiewende zu einem echten nationalen Gemeinschaftsprojekt wird.

Unzweifelhaft ist die Energiewende das große Modernisierungs- und Innovationsprojekt unserer Wirtschaft zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts! Nirgendwo sonst bestehen solche Wachstumschancen wie im Sektor der

Energie- und Umwelttechnologien. Das Weltmarktvolumen beträgt hier heute schon über zwei Billionen Euro. Es wird sich allein in den nächsten zehn Jahren verdoppeln. Und deutsche Unternehmen sind auf diesem Gebiet führend. Sie haben heute schon mit siebzehn Prozent den relativ größten Weltmarktanteil. Das gilt insbesondere für die erneuerbaren Energien: Mit Investitionen in Höhe von rund siebenundzwanzig Milliarden Euro sind deutsche Unternehmen der zweitgrößte Investor weltweit und haben ihre Investitionen allein gegenüber 2009 verdoppelt, so viel wie kein anderes Land. Diese Chancen müssen wir nutzen, denn hier entstehen die Arbeitsplätze von morgen – derzeit sind in Deutschland schon fast zwei Millionen Erwerbstätige in „Green Jobs“ beschäftigt. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien sind in den letzten Jahren knapp 380 000 Arbeitsplätze entstanden.

Investitionssicherheit als Bringschuld der Politik

Allerdings wird dieser Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien nicht zum Nulltarif zu haben sein. Wir werden viel investieren müssen: vor allem in die erneuerbaren Energien und hier besonders in Windkraft an Land und auf See, aber auch in neue Hochspannungsleitungen und „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd, in neue Speichertechnologien, in „intelligente Netze“, in ein besseres Netzmanagement und in ein echtes europäisches Stromnetz, um Strom aus erneuerbaren Energiequellen innerhalb Europas reibungslos transportieren zu können. Es geht außerdem um mehr Energieeffizienz – vor allem bei der Gebäudesanierung – und um neue Formen der ressourcenschonenden (Elektro-)Mobilität. Angesichts dieser notwendigen Investitionen ist es entscheidend, dass die Politik Klarheit über die politischen Grundlagen von Energiepolitik schafft. Wenn bei jeder

Windräder im Landkreis Havelland bei Nauen, aufgenommen am 8. Februar 2011.

© picture-alliance/ZB, Foto: Britta Pedersen



Bundestagswahl immer wieder neu über die Grundlagen von Energiepolitik entschieden wird, dann fehlt den Investoren das, was sie zwingend für Investitionen brauchen, nämlich Investitionssicherheit. Den Investoren für die Modernisierung der Energieversorgung in Deutschland die notwendige Sicherheit zu geben ist eine Bringschuld der Politik. Mit dem gerade beschlossenen Gesetzespaket ist diese notwendige Investitionssicherheit jetzt geschaffen worden.

Energieversorgung der Zukunft

Wie werden also die Energieversorgung und Energienutzung der Zukunft aussehen? Die Energieversorgung wird dezentraler werden. Fotovoltaik, Windenergie an Land und Biomasse bedeuten dezentrale

Energieversorgung. Das schafft zum Beispiel neue Chancen für Energiegenossenschaften, die sich kommunal gründen, oder auch für energieautarke und regenerativ sich versorgende Städte.

Die Energieversorgung wird mittelständischer strukturiert sein. Wir werden als großes Industrieland weiterhin das Engagement großer Energieversorgungsunternehmen brauchen, aber es werden sich auch viel mehr Mittelständler dort engagieren. Die „Jahrhundertaufgabe“ der Gebäudesanierung im Sinne von mehr Energieeffizienz bietet darüber hinaus exzellente Chancen für das Handwerk.

Die Energieversorgung und -nutzung in Deutschland werden technologisch anspruchsvoller werden. Das betrifft nicht nur die konventionellen Technologien,

die fossile Energieversorgung und die nukleare Energieversorgung. Es wird vielmehr ein permanenter technologischer Lern- und Innovationsprozess in unserem Land starten.

Die Energieversorgung wird sehr viel stärker durch die Verbraucher gesteuert, weil sie nicht mehr nur passive Abnehmer sein werden. Der Verbraucher wird in Zukunft mit intelligenten Zählern und intelligenten Leitungen selbst bestimmen, wann er welchen Strom zu welchem Preis beziehen will. Die Autonomie des Verbrauchers wird so erheblich gestärkt.

Wir werden unsere Energie stärker im eigenen Land produzieren. Das ist nicht zuletzt ein Gebot industriepolitischer Sicherheit. Denn die deutsche Wirtschaft ist im internationalen Vergleich in ihrer Produktion überdurchschnittlich abhängig von Energieimporten und damit besonders verwundbar bei steigenden Öl- und Gaspreisen. Wir müssen und wir werden also die Abhängigkeit vom Import und damit auch die (geo)politischen Abhängigkeiten, aber auch die Volatilität der Preise reduzieren. Wir werden den Energieimport aus dem Ausland ersetzen durch eine Wertschöpfung in Deutschland.

Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit

Es geht also um nichts weniger als eine grundlegend veränderte Energiestruktur: mit den Erneuerbaren als Hauptquelle, mit dezentraleren Betreiberstrukturen, mit mehr Markt und Wettbewerb, mit intelligenten Netzen und Speichertechnologien und einem echten europäischen Stromnetz, um Strom aus erneuerbaren Energiequellen innerhalb Europas reibungslos transportieren zu können. In der Verbindung all dieser Elemente liegt das Revolutionäre der Energiewende.

Wie kommen wir an dieses Ziel? Die große Aufgabe liegt darin, den Charakter der erneuerbaren Energien grundlegend

zu verändern – von einem Nischenprodukt zum Hauptträger der Energie in einem Hochindustrieland. Das ist keine Utopie. In gut zehn Jahren haben wir bereits den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von vier auf sieben Prozent mehr als vervierfacht. Das ist ein großer Erfolg. Bis 2020 wollen wir mindestens fünfunddreißig Prozent, also noch einmal rund das Doppelte, erreichen. Entscheidend ist dabei, dass wir Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleisten. Energie muss in einem Hochindustrieland für die Wirtschaft jederzeit auf höchstem Anspruchsniveau abrufbar sein. Und Energie darf nicht zum Luxusgut für wenige werden, sondern muss für alle bezahlbar bleiben.

Wenn wir im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ordnungspolitisch die richtigen Weichen stellen, dann können wir diese Ziele erreichen. Das heißt, die erneuerbaren Energien dynamisch auszubauen und dort zu fördern, wo sie besonders aussichtsreich sind – in Deutschland ist das etwa die Windenergie. Es heißt aber auch, die Förderung der Erneuerbaren zu vereinfachen, ihre Kosteneffizienz zu belohnen und sie vor allem stärker auf die Integration in den Markt einzustellen. Die Förderung der erneuerbaren Energien darf nicht zur Dauersubvention werden. Der Erfolg des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist deshalb nicht daran zu messen, dass die Subventionen möglichst hoch und möglichst lange gezahlt werden, sondern der Erfolg des EEG wäre gegeben, wenn es sich in Zukunft selbst abschafft – durch eine volle Integration der erneuerbaren Energien in den Markt. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist, nicht mehr nur Prämien und Vergütungssätze für die Produktion zu zahlen, sondern auch einen Anreiz zu geben, sich nach der Nachfrage zu richten. Wenn zum Beispiel Aluminiumhütten oder Kühlhäuser dann intensiv produzieren, wenn der Strom

von den Anbietern preiswerter bereitgestellt wird, wird es möglich sein, die Energiepreise zu senken, weil Angebot und Nachfrage flexibler aufeinander abgestimmt werden können.

Wahr ist allerdings auch, dass es ganz ohne fossile Energieträger nicht gehen wird, um die volatile Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien auszugleichen. Gas ist dabei aus Klimaschutzgründen weitaus besser geeignet als Kohle. Deshalb werden wir zunächst in den industriellen Stromnachfragezentren hoch-effiziente, hochflexible Gas- und Dampfturbinenkraftwerke bauen, deren Investitionskosten im Vergleich zu anderen Kraftwerken sehr gering sind. Ihre Planungs- und Bauzeiträume sind überdies mit vier bis fünf Jahren sehr überschaubar. Sie sind äußerst effizient und werden direkt dort errichtet, wo die Nachfrage ist. Gaskraftwerke, die in Minutenschnelle hoch- und runtergefahren werden können, bilden damit den komplementären Kraftwerkspark zu der volatilen Strom-einspeisung durch die Erneuerbare-Energien-Anlagen.

Wende nach Maßgabe christdemokratischer Werte

Der Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien ist aber nicht nur eine technische Herausforderung. An ihm wird sich auch zeigen, wie wir zu unseren Werten stehen. Wir werden nur dann Erfolg haben, wenn wir einem klaren Wertekompass folgen. Dieser Kompass speist sich aus vier Prinzipien: *Schöpfungsverantwortung*, indem wir Energieversorgung und Wachstum schrittweise vom Ressourcenverbrauch entkoppeln; *Wirtschaftlichkeit*, indem wir Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen und Wettbewerbsfähigkeit für unsere Industrie gewährleisten; *Zukunftsfähigkeit*, indem wir in die Energie- und Umweltmärkte der Zukunft investieren und damit Wachstum und die Arbeitsplätze von

morgen schaffen, und vor allem *Generationengerechtigkeit*, indem wir mit unseren heutigen Entscheidungen die Lebensbedingungen und Lebensperspektiven der nächsten Generation, also der *künftigen* Wählerinnen und Wähler, zum aktuellen politischen Entscheidungsmaßstab machen. Das ist alles andere als selbstverständlich, es ist anspruchsvoll und zugleich Ausdruck von demokratischer Reife.

Diese vier Prinzipien machen die Energiewende auch zu einem genuin christdemokratischen Projekt. Denn ihre Verbindung ist und bleibt der Markenkern der Christdemokratie in Deutschland. Die Energiewende im Kontext einer neuen Wachstumsstrategie erfolgreich, wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht zu gestalten ist die große politische Aufgabe, aber auch die große Chance der Volkspartei CDU.

Vorbildfunktion in Europa

Die Energiewende ist nicht ein Projekt der nächsten Jahre, sondern ein Projekt der nächsten Jahrzehnte, ein großes nationales Gemeinschafts- und Generationenprojekt. Es ist vor allem ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger, die gewillt sind, ihren Beitrag dazu zu leisten. Sie wissen um die Chance für unsere Gesellschaft, in einer einzigartigen Gemeinschaftsleistung zusammenzufinden und ein Beispiel zu geben, dass ein solches Projekt erstmalig in einem führenden, großen, hochtechnologischen Industrieland gelingen kann. Deutschland kann mit seinem Gesamtkonzept damit auch Vorbild für andere Länder in Europa und weltweit sein – ohne Besserwisserei und Herablassung, vielmehr durch die innovativen Leistungen unserer Ingenieure und Unternehmer. Deutschland geht keinen Sonderweg, es geht voran bei einer Entwicklung, die wie kaum eine andere das einundzwanzigste Jahrhundert prägen wird.